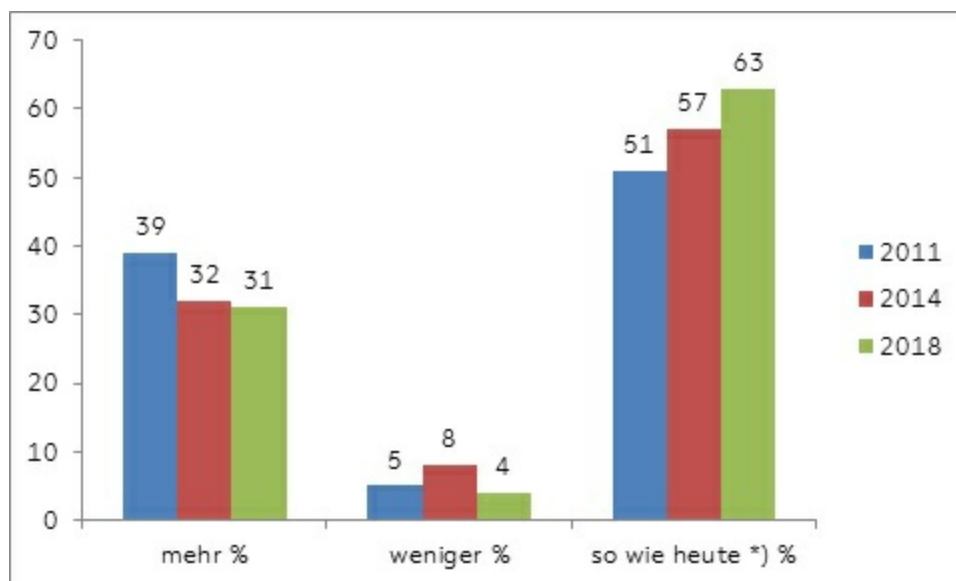




Die institutionelle Entwicklung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

63 Prozent der Befragten halten das Ausmaß der Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft so, wie es heute ist, für in Ordnung. Immerhin 31 Prozent denken, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft mehr Zuständigkeiten haben sollte. Nachfolgende Grafik zeigt die Entwicklung seit 2011.



Diejenigen, die der Auffassung sind, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft mehr Zuständigkeiten haben sollte, wurden gefragt, für welche Bereiche dies ihrer Meinung nach gelten sollte. Wie die nachfolgende Tabelle zeigt, wünscht sich in allen abgefragter Bereichen die überwiegende Mehrheit mehr Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Dies gilt insbesondere für den Straßenbau, die Umwelt- und Wasserpolitik, die Landwirtschaft, für Angelegenheiten, für die bislang die Provinz Lüttich zuständig ist, sowie für die Bereiche Wirtschaft, Renten und Mobilität.

Die DG sollte folgende Zuständigkeiten zusätzlich erhalten:	2011 %	2014 %	2018 %
Straßenbau	84	77	80
Umwelt- und Wasserpolitik	93	78	77
Landwirtschaft	80	75	77
Angelegenheiten, für die bislang die Provinz Lüttich zuständig ist	–	–	76
Wirtschaft	80	75	75
Renten	60	59	73
Mobilität	–	–	71
Krankenversicherung	63	62	69
Arbeitslosenunterstützung	67	67	61
Andere zusätzliche Zuständigkeiten	8	3	6

Auch für die derzeit in Verhandlung stehenden Bereiche Raumordnung (71 %), Wohnungswesen (78 %) und Energie (65 %) fänden es die Befragten sinnvoll, die Zuständigkeiten an die Deutschsprachige Gemeinschaft zu übertragen.

Was die Rolle der Provinz Lüttich in der Deutschsprachigen Gemeinschaft betrifft, hält rund die Hälfte der Bewohner der Deutschsprachigen Gemeinschaft (47 %) diese für wichtig oder sogar sehr wichtig. Ähnlich viele (50 %) halten die Provinz Lüttich in der Region für weniger wichtig bzw. unwichtig. Im Vergleich zu 2014 ist dieses Ergebnis nahezu identisch.

Bezüglich möglicher weiterer Staatsreformen sind 45 Prozent der Befragten der Meinung, dass das deutschsprachige Gebiet eine gleichberechtigte vierte Region werden sollte. 47 Prozent meinen, dass das deutschsprachige Gebiet weiterhin Teil der Wallonischen Region bleiben sollte. Damit ist die Bevölkerung in Ostbelgien in dieser Frage auch 2018 ähnlich gespalten wie 2014.

Downloads

Forsa-Studie: Kapitel 10 - Die institutionelle Entwicklung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.pdf [0,07 MB]